

Uli Corona-Newsletter vom 6. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

die gute Nachricht des heutigen Tages: Der Mannheimer Gemeinderat hat mit 24 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen knapp, aber dennoch klar den Weg für die weitere Planung des Radschnellwegs (RSV) Weinheim-Viernheim-Mannheim frei gemacht. Die Entscheidung stand auf Messers Schneide, da insbesondere die konservativen Fraktionen Stimmung gegen den RSV machten und weil auch Naturschützer bei einer Trassenführung im Bereich der „Feudenheimer“ Au große Bedenken hatten. Jetzt werden wir in der Region gemeinsam daran arbeiten, den RSV und den Ausbau des Radverkehrs so rasch wie nur möglich zu realisieren. Der Radverkehr wird bei den künftigen Verkehrsbeziehungen in der Metropolregion eine viel wichtigere Rolle als bisher einnehmen. Das ist eine der wenigen positiven Erkenntnisse aus der Corona-Krise. Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 06. Oktober 2020

Deutschland

06.10.2020: Gesamtzahl: 303.258 (Veränderung zum Vortag: + 2.639)

Baden-Württemberg

06.10.2020: Gesamtzahl: 51.570 (+ 388); genesene Personen: 44.932(+ 236); verstorbene Personen: 1.894 (-)

Rhein-Neckar-Kreis

06.10.2020: Gesamtzahl: 1.707 (+ 2); aktive Fälle: 116; genesene Personen: 1550; verstorbene Personen: 41 (-)

Landesregierung ruft zweite Pandemiestufe aus

Die Landesregierung hat am heutigen Dienstag (6. Oktober) für Baden-Württemberg die zweite Stufe der Corona-Pandemie nach der geltenden Ampel-Regelung ausgerufen. Deutlich ansteigende Infektionszahlen, ein diffuses Infektionsgeschehen in einzelnen Landkreisen, zahlreiche Ausbrüche nach privaten Feiern sowie der erneute Übertrag des Virus in Pflegeheime waren ausschlaggebend für diesen Schritt. Derzeit wächst die Unübersichtlichkeit, in den betroffenen Regionen fällt es den Gesundheitsbehörden deutlich schwerer, Infektionsketten überhaupt noch nachzuvollziehen. Das aber, die lückenlose Nachverfolgung war und ist der entscheidende Baustein, um die Pandemie unter Kontrolle zu halten.

Durch die zweite Pandemiestufe werden keine zusätzlichen Maßnahmen ausgelöst:

Die Appelle an die Bürger*innen werden deutlicher. Es wird unangekündigte, verschärfte Kontrollen im ÖPNV und in Einkaufsstätten, Restaurants, Bars und Kneipen sowie in Hotels

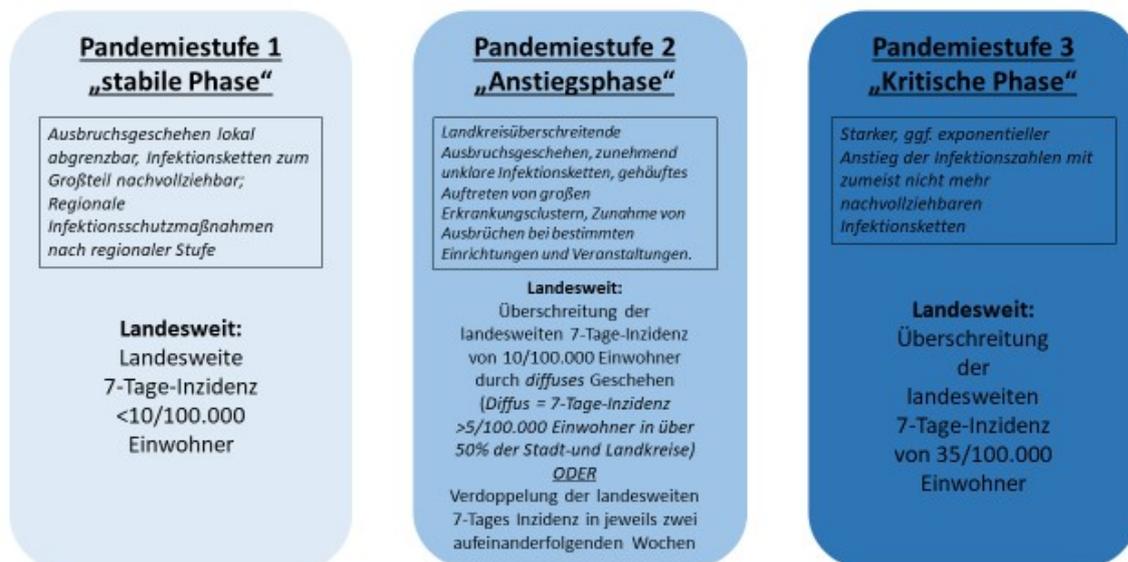
geben. Ebenso wird mehr auf Mindestabstände und die Einhaltung der Maskenpflicht in geschlossenen Räumen geachtet. Dort, wo die Inzidenz über einen längeren Zeitraum hoch ist (über 35/100 000 Einwohner) können die örtlichen Behörden bereits jetzt lokal beschränkte Einschränkungen vornehmen, wie zum Beispiel die Teilnehmerzahlen für private Feiern zu begrenzen oder lokale Alkoholverbote auszusprechen. Das ist z.B. in Mannheim und im Landkreis Esslingen der Fall.

Informationen zu den Pandemiestufen und der Matrix der Lebensbereiche findet Ihr unter: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/msm/intern/downloads/Downloads_Gesundheitsschutz/Corona_Matrix_Lebensbereiche_20090914.pdf

Die Landesregierung hat weiter die angekündigten und hier schon dargestellten Änderungen der Corona-Haupt- Verordnung (Umsetzung der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 29. 9.) beschlossen.

Hintergrundinformationen:

Durch die den drei Pandemiestufen zugeordneten Maßnahmen soll das Infektionsgeschehen lageabhängig eingedämmt und so verhindert werden, dass erneut noch ein regionaler oder landesweiter „Lockdown“ notwendig wird.



Die Infektionssituation verdüstert sich im ganzen Land

Frankfurt a.M.:

Frankfurt steuert auf die nächste Warnstufe zu: Mit 48,5 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen befindet sich die Stadt kurz vor der 4. Warnstufe des Präventions- und Eskalationskonzeptes des Landes.

Der Krisenstab der Stadt hat deshalb eine Reihe von Einschränkungen beschlossen. Von Freitag an und bis Ende kommender Woche wird für Gaststätten eine Sperrstunde ab 22 Uhr eingeführt. Im öffentlichen Raum - auf Plätzen, Straßen und Grünflächen – wird der Konsum von Alkohol verboten. In Einkaufspassagen und großen Einkaufsstrassen wie der Zeil wird eine Maskenpflicht eingeführt.

„Innerdeutsche Risikogebiete“, am Beispiel Berlin:

Vor Beginn der Herbstferien steigt die Nervosität in den klassischen Urlaubsregionen. Vor allem die Situation in Berlin wird von einzelnen Bundesländern zum Anlass genommen, Berliner Bezirke zum Risikogebiet zu erklären. So von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, die Einreisebeschränkungen festgelegt haben.

Schleswig-Holstein hat vier Berliner Bezirke als Risikogebiete im Inland ausgewiesen, weil dort die Zahl der Neuinfektionen innerhalb einer Woche über 50 je 100 000 Einwohner liegt: Tempelhof-Schöneberg, Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg. Auch Rheinland-Pfalz erklärte die Bezirke einzeln zu Risikogebieten.

Die anderen Bundesländer hingegen beziehen sich auf die Infektionszahl des Landes Berlin insgesamt, die unter dem Grenzwert 50 liegt. Dadurch kommt es natürlich zu keinen Beschränkungen.

Für Urlauber in Schleswig-Holstein aus Berlin hat das zur Folge, dass sie sich sofort 14 Tage in Quarantäne begeben oder zwei negative Corona-Tests vorweisen müssen. Einer der beiden Tests darf frühestens fünf Tage nach der Einreise gemacht werden. Erst wenn die negativen Ergebnisse für beide Tests vorliegen, darf die Quarantäne verlassen werden. In Rheinland-Pfalz müssen etwa Reisende aus Risikogebieten in Quarantäne, es gibt aber auch Ausnahmen, wie es im Gesundheitsministerium heißt.

Weitere Risikogebiete in NRW:

Neben den Berliner Bezirken gelten die NRW-Städte Hamm und Remscheid sowie der Landkreis Vechta in Niedersachsen als besonders von Corona betroffene Gebiete. Für die beiden Städte und den Landkreis hat das zunächst noch keine Folgen.

Ich empfinde es ganz offen gesagt als sehr unglücklich, dass die Bundesländer so unterschiedlich reagieren. Nie war eine bundeseinheitliche Regelung dringender als im Umgang mit Risikogebieten im eigenen Land. Und wie das Infektionsrisiko in Berlin durch Regelungen für wenige Bezirke eingedämmt werden soll, frage ich mich angesichts der hohen Mobilität in unserer Hauptstadt auch. Darüber wird in den nächsten Tagen zu reden sein!

https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4/page/page_1/

https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4/page/page_1/

Grüne fordern Modellversuch für Luftfilter in Klassenräumen

Wegen der steigenden Infektionszahlen müssen auch immer mehr Schulklassen in Quarantäne. Dadurch gewinnt aktuell das Thema Luftfilter an Schulen an Fahrt. Wir Grüne haben nun einen wissenschaftlich begleiteten Modellversuch für Luftfilter angeregt, um zu klären, ob diese die Ansteckungsgefahr in Schulen und Kitas verringern können. Wir wollen herausfinden, inwieweit Luftreiniger geeignet sind, in Klassenzimmern und Kitaräumen für eine effektive Verbesserung der Luft zu sorgen. Es muss etwa geklärt werden, ob die Geräte eine Strömung erzeugen, die Aerosole schneller zu Boden bringen und eine Ausbreitung der Viren mindern. Das ist der Job von Kultusministerin Eisenmann (CDU). Die Geräte können insbesondere an Schulen und Kitas in Herbst und Winter eine wichtige Hilfe bei der Eindämmung der Corona-Pandemie sein.

<https://www.news4teachers.de/2020/09/zunahme-erfuellt-uns-mit-sorge-zahl-der-klassen-in-corona-quarantaene-steigt-taeglich-an-koalition-streitet-um-luftfilter/>

Die anspruchsvolleren Filter wirken vor allem gegen die Gefahr durch eine indirekte Infektion – also dann, wenn das Virus über Aerosole, die besonders kleinen Partikel übertragen wird. Gegen die direkte Übertragung durch Tröpfchen wirken die Filter nicht. Sie ersetzen auch nicht das richtige Lüften und das Abstandhalten. Zur Wirksamkeit dieser Filter findet ihr hier weitere Informationen:

<https://www.quarks.de/gesundheit/corona-sind-klimaanlagen-virusschleudern/>

Kanzleramt blockiert Anspruch auf Homeoffice

Ob Arbeitnehmer*innen in Deutschland einen Rechtsanspruch auf Homeoffice bekommen, steht in den Sternen. Das Bundeskanzleramt sieht einen entsprechenden Entwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) als nicht geeignet für die weitere Abstimmung zwischen den Bundesministerien an, hieß es am Dienstag in Berlin aus dem Kanzleramt. Ohne eine solche Ressortabstimmung wäre die Gesetzesinitiative gescheitert. Diese Abstimmung steht bei der Einbringung eines Gesetzesentwurfs durch die Bundesregierung vor dem formalen Beschluss des Bundeskabinetts. Zur Begründung hieß es im Kanzleramt, im Koalitionsvertrag stehe explizit ein Auskunftsrecht, jedoch kein Rechtsanspruch auf Homeoffice.

<https://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsrecht/mobile-arbeit.html>

https://www.t-online.de/finanzen/boerse/id_51922248/isin_53399106/kanzleramt-blockiert-heils-entwurf-zu-homeoffice.html

Wer sich über Regeln bei uns beschwert – schaue z.B. nach Paris!

Wir sollten bei manch kontroverser Diskussion über die Corona-Regeln bei uns immer wieder auf das unmittelbar benachbarte Ausland verweisen. Dort hat man vielerorts zu sehr

nachgelassen, die Regeln zu stark gelockert. Und zahlt jetzt einen hohen Preis dafür. So in Frankreich. Blitzlicht Paris: Die Hauptstadt steht kurz vor einem 2. Lockdown. Alle Vorschriften werden vorgefahren, u.a. mit strengen Hygieneregeln, in Restaurants und überhaupt. Die französische Regierung hat für Paris und seine Vorstädte die „maximale Alarmstufe“: Bars, Cafés, Schwimmbäder oder Turnhallen sind geschlossen, Feste und Partys sind verboten.

<https://taz.de/Paris-verschaerft-Corona-Einschraenkungen/!5715987/>

https://www.badische-zeitung.de/ausland-1/paris-macht-im-kampf-gegen-corona-bars-und-caf-s-dicht-x1x?utm_source=prod-red-newsletter-daily&utm_medium=email&utm_campaign=1337&utm_content=Ausland&cn=abo-digi-x-wall-sale-newsletter-red&utm_region=World&utm_position=6

Nachrichten ohne Corona

Kaum verlegt, schon beschädigt – die Stolpersteine in Ilvesheim

Vor kurzem wurden nach langen und kontroversen Diskussionen die ersten Stolpersteine in Ilvesheim verlegt. Es war eine bewegende Aktion des bekannten Künstlers Gunter Demnig und vieler Ilvesheimer Bürger*innen. An drei Stellen (Hauptstraße 23 und 29, Verbindungsstraße 1; das waren die letzten frei gewählten Wohnsitze dieser lokalen Naziopfer) wurden die insgesamt sieben messingfarbenen Gedenksteine in den Boden eingelassen. Die Ilvesheimer Grünen hatten sich bei der Diskussion und Umsetzung sehr stark und erfolgreich engagiert.

Vor wenigen Tagen wurden zwei Stolpersteine(Hauptstraße 23) durch Verätzungen massiv beschädigt. Sie sind kaum noch zu entziffern. Das ist erschreckend und zeigt: Die Kontroverse über die dauerhafte Verpflichtung, das Gedenken an jüdisches Leben in der Gemeinde wach zu halten, ist offensichtlich noch nicht ausgestanden.

Hier findet ihr weitere Informationen:

https://www.rnz.de/nachrichten/metropolregion/polizeibericht-metropolregion_artikel,-ilvesheim-unbekannte-veraetzten-stolpersteine- arid,557343.html

<http://www.stolpersteine.eu/start/>

Neue Initiative „Klimapositive Städte und Gemeinden“ – Ladenburg ist dabei!

Um Kommunen dabei zu unterstützen, die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit schneller, breiter und zielorientierter umzusetzen, hat die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen – DGNB e.V. die Initiative „Klimapositive Städte und Gemeinden“ ins Leben gerufen. Ziel ist unter anderem die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Strategien und Lösungen. Dabei sollen die Kommunen untereinander von bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Angesprochen sind alle Städte und Gemeinden, egal ob bereits

Nachhaltigkeitsvorreiter oder solche, die noch am Anfang ihres Engagements stehen. Elf Städte zählen zu den Mitinitiatoren.

<https://www.klimapositivestadt.de/>

Forscher melden großes Ozonloch über der Antarktis

Eines der größten und tiefsten Ozonlöcher der vergangenen 15 Jahre hält sich über der Antarktis. Es habe inzwischen seine maximale Ausdehnung erreicht, teilte der Atmosphärenüberwachungsdienst „Copernicus Atmosphere Monitoring Service“ (CAMS) im englischen Reading mit.

Das Ozonloch in diesem Jahr sei dem von 2018 ähnlich, das auch groß gewesen sei, sagte der Chef der Organisation CAMS, Vincent-Henri Peuch. Das Ozonloch bildet sich üblicherweise im August, erreicht seine maximale Größe im Oktober und schließt sich im Dezember wieder. Das Ozonloch ist seit 1985 bekannt, für seine Entdeckung und Erforschung wurde 1995 der Chemie-Nobelpreis vergeben.

Wie groß das Ozonloch wird, hängt allerdings nicht nur davon ab, wie groß der Anteil ozonschädlicher Stoffe in großer Höhe ist, sondern auch von Schwankungen der Polarwirbel und der Temperaturen in der Stratosphäre. Im September 2019 war das Ozonloch aufgrund besonderer meteorologischer Bedingungen so klein wie zuletzt vor 30 Jahren.

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/ozon-forscher-melden-grosses-loch-ueber-der-antarktis-a-b55789aa-9188-4fc8-8d3f-7bfc929b6>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus--faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)